

Die Halle vierteljährlich bei postmöglicher Zahlung 2.50 M., durch die Post 3.25 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Alle anderweitig eingehende Korrespondenzen sind keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Aufschlaggebühren. „Saale-Zig.“ gefaltet.

Verleger der Redaktion Nr. 116/10; der Abonnement-Verwaltung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Ztg. wöchentlich und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, 1. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und umdörft 1 M.

Erscheint täglich vormals, Sonntags und Feiertags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, 1.; Expedition Nr. 591 a. 17a.

Nr. 166.

Halle a. S., Montag, den 11. April.

1910.

Soldatenmisshandlungen.

Halle, 11. April 1910.

In letzter Zeit hat sich die Öffentlichkeit wiederholt mit einer Reihe von Militär-Misshandlungen beschäftigen müssen. Erst am vergangenen Sonnabend ist in Halle ein bedauerlicher dreitägiger Prozeß (vergl. „Saale-Ztg.“ Nr. 165) zu Ende geführt worden, der in ganz Deutschland allgemeines Aufsehen erregt hat.

Schon der vorige Kriegsminister Herr v. Einem hat im Reichstage wiederholt erklärt, daß er bestrebt sei, mit aller Nachdruck auf die Befähigung solcher, der Arme unwürdigen Misshandlungen hinzuwirken, aber bedauerlicherweise ist ihm in dieser Hinsicht nur wenig Erfolg beschieden gewesen, denn nur allzuhäufig noch liest man in den Zeitungen von neuen Fällen.

Geradezu typisch ist bei den meisten der Misshandlungen, daß sie nicht durch direkte Bestrafung der Betroffenen zur Kenntnis der Militärbehörde und vor die Kriegsgerichte gelangt sind, sondern in der Regel erst durch Desertion, Selbstmord, Anzeige Verwandter, bezw. infolge ärztlicherseits erfolgter Krankheitsfeststellungen aufgedeckt wurden. In allen derartigen Fällen kann man zwei Kategorien unterscheiden: 1. solche, die durch Vorgelesene, 2. solche, die durch Kameraden des älteren Jahrgangs geschehen sind. In jedem Fall ist natürlich die Tatsache vorhanden, daß alle diese Fälle geeignet sind, die Diensttreue der Mannschaften zu untergraben und das Ansehen unseres sonst so trefflichen Heeres herabzumühen.

Unser neuer Kriegsminister würde sich nun den Dank aller patriotisch gesinnten Kreise erwerben, wenn er hier mit fester Hand und ohne Rücksicht zugriffe, um diesen offenkundigen Mißständen der Misshandlungen endgültig zu befehlen, oder wenigstens auf ein Minimum zu beschränken. Es ist dies gewiß keine leichte Aufgabe, da die Arme bekanntlich aus allen Volksschichten zusammengeleitet ist und oftmals viele schwierige Elemente aufzuweisen hat; auch ist das Kriegsdienstverhältnis ein rauhes, das von den Soldaten schon im Frieden große Anstrengungen und Strapazen verlangt, um im Notfalle tüchtige Männer und keine Weichlinge zur Verfügung zu haben.

Über da unsere Arme ein Volksherr im wahren Sinne des Wortes sein soll, so muß man unbedingt verlangen, daß den Söhnen unseres Volkes unter voller Wahrung der notwendigen Disziplin eine würdige Behandlung zuteil wird und zutage tretende Missetaten und Auswüchse von vornherein unmöglich gemacht werden. In erster Linie ist dem Herrn Kriegsminister eine gründliche Revision des jetzigen Beschwerbewesens, das offenbar in den meisten der zur Anlage gelangten Fällen verlangt hat, dringend anzuhängen. Man muß das jetzige Beschwerdewesen in eine Beschwerdepflicht verwandeln, da die misshandelten Mannschaften sich erfahrungsgemäß vielfach scheuen, offen hervorzutreten und die Misshandlungen aus Furcht vor Scharfen lieber erdulden, als sie zur Anzeige bringen. Wenn für die Folge jeden Angehörigen der Arme — unabhängig von den eben. Folgen — zur unbedingten Pflicht gemacht wird, Misshandlungen selbst sofort zur Anzeige zu bringen, so dürften die Qualereien sehr bald aus der Arme verschwinden, ohne daß die selbstverständliche notwendige Disziplin darunter leidet. Diese Verringerung des Beschwerdewesens würde eine Rationalität sein, neben der noch einige andere Mittel angewendet werden müßten, um etwaigen neuen Fällen von Misshandlungen vorzubeugen, resp. dieselben im Keime zu ersticken. In erster Linie kommt hier eine vermehrte, streng durchzuführende Aufsicht der Mannschafsstellen, der Pfortenfälle usw. von Seiten der Offiziere in Frage. Die Offiziere müßten gehalten sein, jeden Tag mehrere Male und zu immer verändernden Zeiten unermüdet sämtliche Räumlichkeiten der Mannschaften zu zerbieren. Natürlich müßte dann, wenn die Revision ihrer Zweck wirklich erfüllen soll, gleichzeitig verboten werden, beim Betreten der Stuben seitens der Offiziere Achtung zu rufen. Jetzt wird, wenn ein Offizier die erste Stufe betritt, durch dieses häufig sehr laute Rufen, die ganze Kaserne alarmiert, sobald die Revision event. illusorisch wird. Auch nachts müßten die Stuben und Ställe gründlich revidiert werden, da bekanntlich die Misshandlungen der Rekruten seitens der Stammschaften häufig zur Nachtzeit ausgeführt werden, da letztere die misshandelten Leute im Schlafe zu überfallen pflegen, wie man dies aus verschiedenen Prozessen erfahren hat. Ferner sollte beim Exerzieren auf dem Kasernenhofe, wie im Gelände und auf den Schießplätzen stets wenigstens ein Offizier anwesend sein, der im Bedarfsfalle über alle anwesenden Kompagnien die Aufsicht der Aufsicht hat. Auf etwaige Soldatenmisshandlungen würde dies einschließen vorzubeugend wirken. Ferner könnte der Kriegsminister anordnen, daß auch höhere Vorgelesene, wie z. B. ein Stabsoffizier, aber mit den Kompagnien sonst nichts direkt zu tun hat, öfters einmal selbst an die Mannschaften herantreten und dieselben nach etwaigen Misshandlungen fragen. Es läßt

sich doch mit leichter Mühe einrichten, daß der betreffende höhere Offizier, z. B. bei Gelegenheit der dreimal im Monat stattfindenden Vöhrungsappelle, die Mannschaften eindringlichst auffordert, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden, wenn sie eine Mißhandlung oder unwürdige Behandlung erlitten haben. Weiterhin müßten auch die Kriegsgerichte angewiesen werden, solche Vorgelesene, die sich offensbare Rohheiten haben zu Schulden kommen lassen, stets ohne Gnade mit den gesetzlich höchst zulässigen Strafen zu belegen, um abbrechend zu wirken. Auch sollte man die Öffentlichkeit in den Kriegsverhandlungen nicht zu ängstlich ausschließen und die Gefährdung der militärischen Interessen nicht stets als Vorwand angeben. Gerade die Öffentlichkeit des Verfahrens dürfte sehr heilsam auf die Mißhandlungen wirken, da die Rohheiten so vor aller Welt offen gebrandmarkt würden.

Schließlich sei dem Herrn Kriegsminister noch ans Herz gelegt, ständig darauf zu dringen, daß die Mannschaften gemäß der bekannten Rabinetsorder auch allerorten wirksam mit „Sie“ anredet werden. Als laudendes Vorbild sei hierbei auf den König von Sachsen hingewiesen, der sogar in seinen offiziellen Ansprachen die Soldaten stets mit „Sie“ anredet, während man in Preußen von dem traditionellen „Du“ und „Euch“ anscheinend nicht recht loskommen kann.

Hier liegt ein reiches Betätigungsfeld für unsern Kriegsminister, der am 28. Januar im Reichstage erklärte:

Ich weise mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, daß das Prüfgen der Rekruten durch die alten Mannschaften ein Erziehungsmittel in der Arme ist. Auf den Kasernenhöfen werden die Soldaten liebevoll behandelt. Gewiß kommen auch einmal Ueberriffe vor, denn wir sind ja nicht Engel, sondern temperamentvolle Menschen, das Material wird auch immer schwieriger. Was die Misshandlungsfälle wie die Militärrechtspflege anlangt, so besteht das Bestreben, Gerechtigkeit zu schaffen, so weit das möglich sei, denn Fehler kommen hier, wie überall vor.

Die vor der Halleischen Division jüngst zur Aburteilung gelangten Fälle zeigen nun aber, daß es in unserer Arme doch nicht ganz so einmündig geht, wie es der Kriegsminister dem Reichstage gegenüber in obigen Ausführungen hinstellte. Darum ist es gerechtfertigt, die verantwortlichen militärischen Vorgelesenen von neuem nachdrücklich daran zu erinnern, daß es ihre Pflicht ist, hier Remedur zu schaffen. Uebrigens fällt die Mißde am 9. d. Mts. vom Kriegsgericht der 8. Division gesprochenen Urteils auf, worauf auch ein rechtsstehendes nationalliberales Blatt energisch hingewiesen hat, wenn man eine in Hannover kürzlich gefällte kriegsgerichtliche Entscheidung zum Vergleich heranzieht. Dort fand jüngst unter der Anlage des Verhältnisses im Angehörigen und der Achtungsvolllegung der Musterteil Herrn. Reife von der 2. Kompagnie des 1. Hannoverischen Infanterie-Regiments Nr. 74 vor dem Kriegsgericht der 19. Division. R. sollte am 11. v. Monats bei einer Nachdienstübung, trotz wiederholten Befehls des Unterrichts, die Mißde über nicht mit der nötigen Strenge, sondern lässig ausgeführt und außerdem die Absicht eines passiven Widerstandes durch ein achtungsvolleres Mienenspiel zu erkennen gegeben haben. Er wurde damals vom Platz weg verhaftet. Die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen bestritt er, den Griff habe er wegen nachweisbarer Ueberanstrengung nicht besser machen können, und das an ihm beobachtete Mienenspiel sei auf die Gewohnheit zurückzuführen. Das Gericht schenkte ihm aber keinen Glauben und verurteilte ihn wegen Gehoramsverweigerung und Achtungsvolllegung zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten Gefängnis.

Also noch einmal: mehr durchgegriffen, Herr Kriegsminister! Die Arme wird nur gewinnen.

Die großen Berliner Wahlrechts-Demonstrationen.

(Von unserm Korrespondenten.)

Berlin, 10. April 1910.

Die großen Demonstrationen der Wahlrechtsvereine am Sonntag den 4. April 1910 in Preußen, die anlässlich der bevorstehenden dritten Sitzung der Wahlrechtskommission im Abgeordnetenhaus von Demokraten und Sozialdemokraten in den drei Teilen im Norden, Osten und Südosten der Reichshauptstadt unter freiem Himmel veranstaltet wurden, sind in vollkommener Ordnung und ohne jeden Zwischenfall verlaufen. In allen drei Punkten lagte ein ungemein hartes Aufsehen von freiwilligen Ordnern, die an Armenden kenntlich waren, basür, daß sich An- und Abmarsch ohne Störung vollzöge, die Reihen nicht betreten wurden und tabakulöse Elemente nicht aufkommen konnten. Die Polizei zeigte eine weise Zurückhaltung; nur an wenigen Stellen sah man unilionierte Schutzleute, dagegen hatte die Polizei verschie-

dene Beobachtungszentralen eingerichtet, um doch für alle Eventualitäten gerüstet zu sein.

Die größte Demonstrationssammlung fand in Treptow am Park statt. In Treptow von 100 bis 150 Mann führten die organisierten Sozialdemokraten (samtlich) geordnet aus dem Niederbarnimer Kreis, aus den Arbeitervierteln des Ostens, aus Rixdorf, vom Norden, aus der Oranienburger Vorstadt, vom Gesundbrunnen und dem Treptower Viertel in musterhafter Ordnung die breite Treptower Chaussee heran. Bereinigt wurden Hochs auf das Reichstagswahlrecht ausgebracht und die Arbeitermarzialläse gelungen. Ueber die Köpfer der Landstraße schwannten die Demonstranten vom Letzow-Besitzer Kreis und die der Berliner Riesenwahlkreise, des ersten, zweiten und dritten Kreises an. Lediglich an den Straßenkreuzungen sah man berittene Schutzleute, wie man es in diesen Wahlkreuzungen auch sonst gewohnt ist. Um 1 Uhr mögen im Treptower Park gegen 7000 Menschen versammelt gewesen sein.

Die riesige Kassenläse.

auf der sonst die Jugend des östlichen Berlins ihren Ledebüllungen obliegt, war schwarz von Menschen, die sich um nicht weniger als 10 Rednertribünen gruppierten. Die Parteileitung hatte nach altem Gebrauch die Namen der Redner nicht bekannt gegeben, um ein übermäßiges Zutreten zu einem besonders beliebten Parteiführer zu vermeiden. Auf diese Weise wurden die Demonstranten durch die Dämmerung zu den für sie bestimmten Rednertribünen geleitet und die Verteilung der Massen geschicklich imngestaltet. Es sprachen die bekannten Führer Juchacz, Hirsch, Stachagen, Fischer, Udo, Rosenfeld, Reiter, Kloth, Heine u. a. Die Reden spielten durchweg in der Fortdauer:

„Was mit der ebenen Wahlrechtsreform des schwarzblassen Blocks!“ Auch wurde hier und da dem aus einem Saulus zum Paulus gewordenen Polizeipräsidenten eine bessere Jenur als sonst wohl ausgesprochen.

Um 1/2 Uhr wurde dann vor allen 10 Rednertribünen eine Resolution einstimmig angenommen.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurden dann die Versammlungen geschlossen. Dann kam Bewegung in das den gewaltigen Platz überlaufende Menschenmeer. In riesigen Herdenzügen ebten die Massen allmählich ab, die hiezu nach Berlin flühenden Alleen und Straßen auf der einen Seite vollständig füllend. Sorgfältig wurde dabei jede Beschädigung der Parkanlagen vermieden.

und den Ordnern bereitwilligst Folge geleistet. Die Gemeinde Treptow hatte an diesem Tag einen einzigen Polizisten mobil gemacht, der unter der Menge unbefähigt einhergeschlenderte. Erst im Berliner Weidhofe, jenseits der Schlosschen Brücke, sah man mehrere Schutzleute, die ebenfalls nichts zu tun bekamen. Auch die Urabstimmungsbedingungen des Militärs waren in letzter Stunde juristisch geordnet worden. Im Friedrichshain hatten sich die Demonstranten des Nordostens Berlins, der sogenannten Schönhauser Vorstadt und der Straßenviertel rings um die Kassenanlagen des Zentralbüros und Schlachthofes, der Vorstadt Weidenhof und des großen fünften Berliner Wahlkreises versammelt. Sektionsweise kamen sie von der Landsberger und der Wrenslauer Allee heranzugewandert und strebten alle nach dem großen Versammlungsorte in der Nordostseite des Friedrichshains hin, unweit des Friedhofes der in den blutigen Märztagen des Jahres 1848 Gefallenen. Es machten 25 000 Menschen, Männer und Frauen, amüelnd fest und auch der sozialdemokratische Nachwuchs war hier vertreten. Einen kleinen Prozentsatz zu diesen Versammlungen stellen auch die Demokraten, von denen als Redner Dr. Rudolf Breltschick aufgeführt war. Das Protokollmeeting gliederte sich in drei große Versammlungen, von denen zwei ausschließlich als sozialdemokratische anzuprosen waren. Die sozialdemokratischen Redner machten gleich zu Anfang ihrer Reden die Mitteilung, daß sich gewisse Elemente unter die Demonstranten eingeschuggelt hätten, denen es nur aufs Raubmachen anzukommen schiene. Die „Salunkun“ sollten sich vor den berben Arbeitertribünen hüten. Im übrigen bewegten sich die Reden in denselben Geleisen wie in der Treptower Park gehaltenen. Schließlich wurde gemeinsam die bereits obenstehend mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen. Auch der Abmarsch aus dem Friedrichshain erfolgte in Ruhe und Ordnung ohne Eingreifen der ebenfalls nur sehr spärlich vertretenen Polizei.

Einem etwas anderen Einschlag bot die Versammlung im Humboldthain

insofern, als hier das bürgerliche Element den Sozialdemokraten ungefahr die Majorität hielt. Die demokratischen Bezirksvereine hatten für den Besuch im Humboldthain noch in letzter Stunde eine umfangreiche Propaganda entfaltet und ungefahr 7000 Anhänger auf die Beine gebracht. Die gleichmäßige Verteilung der Demokraten und Sozialdemokraten kam äußerlich auf dadurch zum Ausdruck, daß neben den beiden sozialdemokratischen Rednern Dr. Oskar Cohn und Adolf Hoffmann die Herren v. Gerlach und Widemann zu Worte kamen. Die hier angenommene Resolution war gleichlautend mit denen der Protokollmeetings im Treptower Park und im Friedrichshain, nur wurde von den Demokraten der letzte Absatz weggelassen, der sich auf den Anschluß an die sozialdemokratischen Wahlvereine bezieht.

Die Gesamtzahl der Demonstranten wird auf 110 bis 120 000 geschätzt.

Humboldthain

insofern, als hier das bürgerliche Element den Sozialdemokraten ungefahr die Majorität hielt. Die demokratischen Bezirksvereine hatten für den Besuch im Humboldthain noch in letzter Stunde eine umfangreiche Propaganda entfaltet und ungefahr 7000 Anhänger auf die Beine gebracht. Die gleichmäßige Verteilung der Demokraten und Sozialdemokraten kam äußerlich auf dadurch zum Ausdruck, daß neben den beiden sozialdemokratischen Rednern Dr. Oskar Cohn und Adolf Hoffmann die Herren v. Gerlach und Widemann zu Worte kamen. Die hier angenommene Resolution war gleichlautend mit denen der Protokollmeetings im Treptower Park und im Friedrichshain, nur wurde von den Demokraten der letzte Absatz weggelassen, der sich auf den Anschluß an die sozialdemokratischen Wahlvereine bezieht.

Die Gesamtzahl der Demonstranten wird auf 110 bis 120 000 geschätzt.

Berlin, 11. April. Wie in Berlin so verließen auch die Wahlrechtskundgebungen in der Provinz äußerst ruhig. Nur in Breslau kam es zu kleineren Zwischenfällen. Hier

veranfaßten die Sozialdemokraten ohne Wissen der Polizei einen Spaziergang und eine Verammlung unter freiem Himmel. Auf dem Rückwege kam es mit der inzwischen aufgetretenen Polizei, die 200 Mann stark war, zu mehreren Zusammenstoßen. Die Menge durchbrach den Korridor, worauf die Beamten blaufäugig die vorgenommenen Verhaftungen sind zahlreich. Schließlich gelang es die Massen zu zerstreuen.

Deutsches Reich.

Am Scheidewege.

Ueber die unbefriedigende preussische Wahlrechtsvorlage und die Stellung der Regierung zu ihr und den Parteien schreibt Professor Dr. v. Blume in der „Magdeb. Ztg.“: Aus dieser Situation gibt es für die Regierung nur einen Ausweg: die Zurückziehung der Vorlage, wenn sie das Versehen passiert hat, ohne daß die Beschlässe des Abgeordnetenhauses dort wesentlich verbessert worden sind. Herr v. Blumensack hat in diesen Weg gefaßt, indem er keine Zustimmung zu den parlamentarischen Beschlüssen abhängig macht, ob sie „mit erheblicher Mehrheit“ gefaßt wurden. Offenbarlich kam darin eine Rücksichtnahme auf die Mittelklassen, Freirepublikaner und Nationalliberalen, zum Ausdruck. Das Zentrum, das seinen Sieg gefährdet sieht, ist nun eifrig bemüht, in seinen Organen den Nachweis zu führen, daß man die Nationalliberalen keine Rücksicht zu nehmen brauche, da sie ja ohnehin „nach links abgewandt“ seien. Daß die agrar-konservative Presse in dasselbe Horn bläst, kann nicht wundernehmen. Aber sehr zu verwundern wäre es, wenn die Regierung auf dieses durchsichtige Manöver hereinfallen sollte. Unterwirft sich die Regierung dem liberal-konservativen Bündnis abwärts, so bleibt allerdings den Nationalliberalen kaum etwas anderes übrig, als der Einkammersystem zu führen, in dem die Einkammersystem so in Preußen die notwendige Folge eines Zentrumsbeschlusses sein. Aber Herr v. Blumensack hat dann auch endgültig darauf verzichtet, über den Parteien zu stehen. Die logische Konsequenz ist die Berufung von Ministern aus den herrschenden Parteien. Eine Klärung der politischen Situation wäre das zweifelhafte, aber auch eine heilsame Verschärfung der politischen Gegensätze in unserem Volke. Ob die Regierung diese beabsichtigen will angesichts der immer noch gefährdenden weltpolitischen Lage — das ist die Frage, die sie sich vorzulegen hat in diesen Wochen. Möge es ihr wieder an Einsicht noch an Mut zur richtigen Antwort fehlen!

Diese Ausführungen deuten sich ungefähr mit dem, was Herr v. Blume kürzlich bei uns in Halle im jung-liberalen Verein gesagt hat.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Mitgliedern von Hamburg, wo der Friede auf drei Jahre geschlossen ist, von Schleswig-Holstein und Berlin, wo die Einigung mit Sicherheit zu erwarten steht, wird in allen übrigen Gebieten des Deutschen Reiches am 15. April die Aussperrung der Bauarbeiter erfolgen. Wie weiter von orientierter Seite mitgeteilt wird, hat der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zur Durchführung des Kampfes drei Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Der Standpunkt der Arbeitgeber.

In der „Täg. Abst.“ wird die bereits angeführte Erklärung der Arbeitgeber zur Lage verifiziert. Darin wird einleitend zunächst ein Mißverständnis über die einzelnen Stellen der Verhandlungen gegeben bis zur Ablehnung der Dreier-Vorschläge des Arbeitgeberverbandes durch die Arbeitnehmer. Mit dem generellen Mißverständnis soll die strenge Durchführung der Vertragsbestimmungen gesichert werden, die bisher oft zu wünschen übrig ließen. In Zukunft will der Arbeitgeberverband sowohl die eigenen

Verträge zur strikten Innehaltung der Verträge anhalten, als auch bei den Zentralverbänden durchsetzen können, daß sie ihre Zweigvereine von Vertragsbrüchen abhalten, und dazu muß er ebenso wie die Zentralverbände selbst verantwortlich sein. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, die Arbeiter nach ihren Leistungen zu bezahlen. Es entspricht nicht der Gerechtigkeit, daß der fleißige Arbeiter denselben Lohn bekommt, wie der träge.

Sicherung der Affordarbeit.

Eine besondere Sicherung der Affordarbeit ist nötig, weil trotz der in den bisherigen Verträgen ausgesprochenen Zulässigkeit die Affordarbeit von den Gewerkschaften in vielen Orten direkt verboten und mit Ausschluss der Organisation bestraft worden ist. Die besondere Vereinbarung der Affordlöhne von Fall zu Fall muß gefordert werden, weil sie wegen der großen Verschleppbarkeit der Arbeiten und der zu verwendenden Materialien unentbehrlich ist. Ebenso wie die Affordarbeit muß der Arbeitgeberverband auch die von einem Teil seiner Verbände eingeschickten und noch einschickenden Betriebsratsorgane während einer neuen Vertragsdauer gegen Störung durch die Arbeitgeberorganisationen in irgendeiner Weise — wenn auch außerhalb des Vertrages — sichern. Die Verschleppung dieser Arbeitsweise als „Wahlrechtsbureau“ weiß der Arbeitgeberverband zurück. Die sogenannten

parteilichen Arbeitsweise, bei deren Einrichtung die Zentralverbände der Arbeiter eventuell mitwirken wollen, werden deshalb von den Arbeitgebern nicht gewünscht, weil nach den Erfahrungen anderer Gewerbe bei solchen Arbeitsweisen die Arbeitervertreter fast ausschließlich der sozialdemokratischen Partei angehören und ihre Genossen in jeder Weise bevorzugen.

Dem Ansuchen der Arbeitgeberorganisationen, den vom Arbeitgeberverband in seiner Hauptversammlung, in Köln vor drei Jahren gefaßten Beschluß aufzugeben, muß entgegengetreten werden. Nach diesem Beschluß ist es den Unternehmern nicht gestattet, bei den nächsten Vertragsabschlüssen eine Verzögerung der Arbeitszeit zu übernehmen, oder wo die Arbeitszeit bereits länger ist, sie weiter zu füllen.

Die vom Reichstag am 8. April d. J. eingeleiteten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen, weil die Vertreter der Arbeitgeberorganisationen auch hier keinerlei Entgegenkommen zeigten.

Da hiernach keinerlei Aussichten auf friedliche Vereinbarung des Arbeitsverhältnisses vorhanden sind, bietet dem Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe nichts übrig, als zu dem Mittel zu greifen, das die Arbeiter zur Durchführung ihrer Forderungen in zahllosen Fällen selbst angewendet haben, zur Stilllegung der Betriebe.

Die finanzielle Kühlung der Arbeitgeberorganisationen.

Die finanziellen Mittel der bei einer Aussperrung in Frage kommenden baugewerblichen Verbände befragen sich folgendermaßen: Zentralverband der Maurer 7 081 545 Mk., Zentralverband der Zimmerer und 2 Millionen Mark, Zentralverband der Bauhilfsarbeiter 1 244 422 Mk. Zusammen besitzen also die drei Zentralverbände 10 325 967 Mark. Der Verband der christlichen Bauarbeiter verfügt nur über einige hunderttausend Mark, doch hat der Generalstreikereitweg bereits erklärt, daß die Zentrale der gesamten christlichen Verbände Deutschlands, die einen Bestand von 5 Millionen in ihr eigen nennt, die christlichen Bauarbeiter bei der Aussperrung in weitestgehendem Maße unterstützen würde. Den Leitern der Bewegung würde es immerhin nicht allzu schwer werden, 12 bis 15 Millionen für einen Kampf fähig zu machen.

Parteinachrichten.

Ein deutscher Erfolg in der Ostmark.

N. L. C. Im Reichstagswahlkreis Posen (Stadt) hat die Ertragwahl für den mandatswidrigen Reichstagswahl von Czjranowski das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß der Kan-

didat der vereinigten deutschen Parteien, der gemäßigt-konservative Oberbürgermeister Dr. Wilms, in die Stichwahl kommt.

Das Mandat ist seit 1869 bis auf zwei Ausnahmen stets im ersten Wahlgang dem polnischen Bewerber angefallen. Ziegende Ansicht, einen so gediegenen und nationalbewußten Kenner der Ostmarken Verhältnisse, wie den ausgezeichneten Oberbürgermeister von Breslau, als Kandidaten zum Siege zu verhoffen, besteht allerdings an diesem Ort, weil die Stimmen der unterlegenen, polnischen Kandidaten ohne Zweifel dem Demokraten Lawicki zuzahlen werden, trotzdem ist der Wahlausgang nicht ohne Bedeutung. Die letzte getreue Gespinnstung im Polenlager, die zur Aufstellung von nicht weniger als drei Kandidaten, des von der „Hauptpartei“ nominierten Arbeiterführers Sokołowski, Bodum, des Demokraten Lawicki und des Sozialisten Matulewicz führte, ist letzten Endes verursacht worden durch die Intimitäten der „Hauptpartei“ in der Reichstagskammer mit den Konserativen bei der Durchführung der Reichsfinanzreform und beim Sitz des fälschlichen Billow. Freilich hat auch die nationale Partei, in der die Abgeordneten ihre parlamentarischen Pflichten wahrnehmen — sprach man doch bereits von einer „Partei von 800 Mitgliedern der Freiheit“, den Annullen der anstehenden Demokratie erregt und deren Vertrauensmann zu einem bedeutenden Korruption über die beiden anderen polnischen Mitbewerber verhoffen. Trotzdem wird man den Gegensatz zwischen ihr und der Sozialpartei nicht als so tiefgehend einschätzen dürfen, daß etwa die Wähler der letzteren ihr bestimmen ließen, bei der Stichwahl lieber Wahlentscheidung zu lassen, als dem Demokraten ihre 6770 Stimmen zuzuwenden. Auch dieser Kampf um das polnische Mandat wird mit einem polnischen Siege enden; allein die Vorgänge beim Gegner eröffnen doch allerlei Möglichkeiten, deren geistige Auswertung eine Förderung der deutschen Interessen versprechen würde.

In Hannover gründete die fortschrittliche Sozialpartei einen Gau Hildesheim, Abgeordneter Wiener erörtere in einer großen öffentlichen Versammlung die politischen Tagesfragen. Er beklagte die Wahlrechtsbeschlüsse des Abgeordnetenhauses und erklärte, daß die Drittelung kaum ausgeglichen werden nach dem Reichstag des künftigen Wahlrechts, sei nicht ausgeschlossen. Man würde diese Beschlüsse dem Herrenhaus überlassen.

Edward Bernstein als Mitglied der Schöneberger Schandpartei nicht beständig. Dem bekannten sozialdemokratischen Schriftsteller und Stadtratsmitglied Edward Bernstein in Schöneberg, der als Mitglied der Schandpartei von den Stadtratsmitgliedern gewählt wurde, ist zur Ausübung dieses Amtes die Genehmigung verweigert worden.

Herr v. Oefele-Johannsbürg. Die Wahltagung im Wahlkreis des verstorbenen Reichstagspräsidenten Graf zu Stolberg, Graf v. Oefele-Johannsbürg, nimmt zwischen den beiden um das Mandat kämpfenden Parteien, dem vom Bund der Landwirte unterhaltenen Konservativen und den Nationalliberalen unter dem Namen der „Partei der Freiheit“ unter freiem Himmel entzweien müssen. Es wird hierzu gemeldet:

Im Rindhof Kallinowen, acht Kilometer von der russischen Grenze fand unter dem Vorsitz des Justizrats Graf (Herr) eine von ungefähr 600 Personen besetzte nationale liberale Wählerversammlung unter freiem Himmel statt. Durch das Eingreifen des Bundes der Landwirte sind den Nationalliberalen und dem deutschen Bauernbunde nahezu sämtliche Stille des Wahlkreises gesperrt. Der Amtsvorsteher verweigerte zunächst die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung, machte sie jedoch schließlich auf Anwendung des Landratsamtes erteilten Reichstagsabgeordneten Wachholtz die Genehmigung sowie der Kandidat Koch anfragen unter höchstem Verfall über die bevorstehende Reichstagswahl. Der Vorstand des Kreises Syd wollte der Versammlung bei.

Stadt-Theater.

Romeo und Julia.

Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.

Romeo: Alexander Moissi als Gast.

Wieder ein unbedruckter, künstlerischer Erfolg, wieder ein völig ausverkauftes, begeistertes Haus. Diese mit soviel Glück verlaufene Gastspiel sollte das Stadttheater befehalten und hier auch andere beruhen, hier nicht gefundene Schauspielerei dafür gewinnen. Neben finanzielle Mißstände zeigen nun doch auch künstlerische.

Alexander Moissi hervortritt als Romeo wieder ungetragene Liebeskräften. So schenkt Moissi wieder Anerkennung dem Romeo mit weniger hochgepanneter Erwartung entgegen. So viel kann man denn auch unumwunden zugestehen: auch er ist Mißfall dieser überaus unruhige Romeo, der stets nur im vollen Sprunge wie aus einer Wüste abgeholt aus der Kasse herausgeführt und im jugendlichen Liebeswahnsinn die Arme wie Windmühlensflügel herumwirft. Auch seine Waise ist nicht schön zu nennen; von Leidenschaft verzerrt, wirkt sie oft frassenhaft und alt. Außerlich zeigt Moissi als Romeo Kranke Jugend. Entzerrung. In der Auffassung seiner Aufgabe dagegen ist er hervorragend und in der Sprache unübertrefflich.

Moissi ist ein echter großer Künstler, der jede Rolle mit Woll auf zu leben weiß, wenn er auch seinem Dichter nicht überall folgen kann. Man sah das deutlich am Romeo. Das war kein gelinder, Kaufs der Liebe aus findenden Quellen, das war kein Kaufs von Liebe und Jugend. Moissi hat etwas Nerviges, Unselbständiges in seinem Wesen, seine Sinnlichkeit ist krankhaft, seine Erscheinung ist mehr Schattigkeit als marziale Lebenskraft. Seiner biographischen Schattigkeit fehlt hier das Kraftvolle. Romeo erscheint zwar jugendlich, aber angekränkt, auch nicht schön und würdig genug, viel zu wild und rasend. Das muß ein einziges Schwärmen von Jugend und Liebe sein, keine Hygiene. Nichts Faustisches, aber auch kein Einladungs von Boccaccio. Moissi fehlt die klassische Größe, die Ruhe, die in geringem Maße auch dem Romeo nötig ist. Moissi Romeo fehlt die Anmut. Insofern lassen wir hier bessere Romeeos. Stimmlich dagegen war dieser Künstler von unsagbarem Reiz, besonders in den Ballontänzen. Da kann das höchste der Welten, Jugend und Liebe, hütern zusammen. Da glüht das süßliche, liebevolle Land hinein mit prangenden Reizen und lebenden Sinnen. Das drängt wie im Sturm allgewaltig über uns hin. Das kann so

weich und süß wie Jephthas Wehen. Wahrscheinlich, soviel Stimmfreude malte noch kein Romeo in seiner Stimme Wohlklang. Das blüht und flammte und loberte und brauste nur lauter heiliger Sehnsucht. Das ist Reife. Das ist Italien und Jugend und Liebe. Insofern sehen wir noch keinen Romeo, der Moissis sprachgewaltige Kunst auch nur annähernd erreicht. Aber seine Leistung als Hamlet läßt, wie gesagt, auseinander, das äußere Bild deutet nicht die innere Auffassung und ist unzulänglich für den reinen Ausdruck seiner Sprache.

Der Abend zeigte wieder deutliche Spuren von Moissis Reife und gewann durch schöne Tempel. Unter den Darstellern zeichnete sich neben Moissi Herr Hellmut Fund aus, der die Episode im Ballon-Schiff er spielte, mit Anstand trunken war und zu heben wußte. Sein Mercutio war eine vorzügliche Leistung. Herr Schömann spielte die Julia diesmal weicher und ruhiger. Sie vermochte sich neben dem ungenügenden, bekümmerten Bartner würdig zu behaupten und milderte mit edel mütterlicher Schen sein ungenügendes Benehmen. Herr Brandt verfehlte als Amme ihre komische Wirkung nicht.

Das Publikum war fingerfertig und stand ganz unter dem Eindruck des ewigen Dramas, das so voll Zauber und Reizen ist.

Paul Schaumburg.

Einmaliges Gastspiel Erna Fiebigers

vom Hoftheater in Dessau.

Die Aldermans.

Operette in 3 Akten von Johann Strauß.

Man sah hier innerhalb weniger Tage zweimal die „Aldermans“, jedesmal mit neuer Besetzung der Welterpartie. Die zwei Figuren lassen sich naturgemäß recht ähnlich und doch verschieden in Temperament, Charakter und Gesinnungsweise begründete Verschiedenheit in der Auffassung der beiden Sängerinnen: Sagen wir einmal: „Blind und Verlin“. In Frau Mizzi Binders lebhafteste, pridelnder Art, in den überreichen Dialektanfängen erkannte man die Raffigkeit der Wiener Soubrette, bei Frau Fiebigers, die getrennt galitierte, sang letzte Berliner er Chid hindurch. Die Aehnlichkeit der verchiedenen Dinge (la ressemblance des choses diverses, wie der Ausdruck Montesquieu dafür lautet) hat natürlich ihren Reiz für den stillen Beobachter. Beide Auffassungen können richtig sein, wenn ich persönlich auch der Waise den Vorzug gebe, die in der Prosa etwas schärfer pointiert, wie es Frau Fiebigers geteilt im ersten Akte tat. Ja, dieser erste Akt! Es lag eine kleine Schwere auf dem Dialog, in dem freiden-

weise ein Stöden bemerkbar war, wie man es in der Operette nicht für möglich halten sollte. Manches in diesen — mehr als Kunststücken ist auf Frau v. Boer zurückzuführen, die nun einmal nicht für die Partie der Lebenslustigen, feuerprühendsten Rolle paßt. Da konnte Frau Agloba, die im verflochtenen Jahre diese Partie freiere, besser mitteln. Die Rolle sollte keine schmachtende, keine melancholische Frauenfigur sein, die sich Gemütskrisen macht, weil sie „ih“ empfängt, sondern in ihr soll eine jener Wiener Frauen porträtiert werden, die mit karpatischer Einfassen um sich werfen wie mit Konfetti. In der Wille Orloffs zeigte Frau Fiebigers den Höhepunkt ihres schaupielerischen wie gesanglichen Könnens. Sie bewies ihrer Fähigkeit, daß auch ein Stubenmädchen in der Rolle ihrer „Gnädigen“ die — Gnädige spielen kann, daß ein solches Stubenmädchen, wenn sie ein Spielstück trägt, nicht immer Gebührensätze zu markieren braucht. Gelanglich steht Frau Fiebigers Adels abenan. In dem Quartett — ein herrliches ihres Plans oder ein weiches mezzo voce, eine wunderbar schöne Intonation — eine Technik, die weicherhafte Schöpfung vertritt, und was in der Operette fast noch notwendiger wie in der Oper, eine ausgezeichnete klare Textausdrucksprache, durch die die Milanen im Spiel leicht profitiert werden können. Und auch die Kolortur hielt sich fern von der marmorenen Käthe der Kolorturhängerinnen; sie sang bei blühender Heiligkeit noch warm und lebendig. Man kann den Reizall bei offener Scene, der diesem Vortrag folgte, nur dankbar begrüßen. Wenn Frau Fiebigers, die Vielgewandte und Vielgestaltige, für ihre nächste Amerikatournee in dem 1. Akt schaupielerisch noch in dieser oder jener Scene etwas mehr Kolortur aufträgt, wenn z. B. der dem Akt folgende Zurschneidung, das Geplänkel mit Gienstein noch mehr zentralisiert gestaltet werden kann, dann wird ihre Welterpartie so vollendet sein, daß keiner dem Star des Fiebigers-Ensembles etwas anhaben kann.

Der Dr. Halle war diesmal durch Herrn Theo Kaevel begleitet, der sich schaupielerisch sehr hervortat (er war z. B. der erste, der im ersten Akte in dem Dialog nicht unterlag), und die kleine Rolle der Ida hatte Frau Lotte Koch übernommen, die sich sehr anmutig und artig zu benehmen wußte.

Herrn Grafelli schätzte ich in seinem Buffo sehr sehr, aber um seine hohen Theorien, von denen Kaevel so sehr schwärmte, zu würdigen, muß man doch eine geistreiche Portion Milston mitbringen. Der Gienstein Baros zeigte wieder von der bekannten guten Laune unseres Iridischen Tenors.

Wilhelm Georg.

Ausland.

Brands Programmrede.

Der französische Ministerpräsident Briand hat gestern in St. Chamond in der Reichshalle seine angekündigte Rede vor ungefähr 1000 Personen gehalten. Schon während er sprach, wurden von der Reife „Rettung“ ausstehenden Menge die Fenster eingeworfen. Die Erregung wuchs, als ein Sozialist, der den Eintritt in das Versammlungsort erzwungen wollte, gemaltam entfernt wurde. Die Führer der angekommenen Menge gaben die Lösung, Briand am Eingang aufzulauern. Die Freunde des Ministers hatten aber vorzeitig ihre Anstalten so getroffen, daß Briand ungehindert sein Auto erreichte.

Der Postkommissar Rouget, forderte die Menge auf, in Ruhe abzugehen. Die Antwort wurde durch Abfeuern von Revolvergeschüssen gegeben. Der Kommissar wurde durch einen Schuß lebensgefährlich verwundet. 4 Polizisten erlitten gleichfalls Verletzungen. Briand wußte, als er seine Rede begann, daß sich eine feindselige Kundgebung gegen ihn vorbereite, gleichwohl ließ er sich nicht davon abhalten, die Internationalisten scharf zu kritisieren.

In politischen Kreisen stimmt man darin überein, daß die von Briand angekündigte Kammerwahlreform mit Verlängerung der Mandate den Wünschen der Radikalen und Radikalsozialisten entspricht.

St. Etienne, 11. April. Die Bevölkerung von St. Chamond und St. Etienne ist überlastet von der Heftigkeit, mit welcher die Manifestanten gestern gegen die Polizei und Briand vorgehen konnten. Ein Mitarbeiter des „Matin“ hatte ein Interview mit dem Ministerpräsidenten Briand hierüber. Dieser erklärte: Ich stehe es nicht, wenn ich mich meinen Wählern präsentiere, mich von Genaden und Politiken einschließen zu lassen. Ich bin glücklich über das Vertrauen und die Hochachtung, die die Bevölkerung mit bisher entgegenbrachte. Ich habe keine Gründe, mein Verhalten gegenüber einer Handvoll Fanatiker, die Sie gestern gesehen haben, zu ändern.

Vom französischen Gemeinwohl.

Aus Marseille wird gemeldet: Gestern fand hier eine große Versammlung zu Gunsten der eingeschriebenen Seeleute statt, in der eine Anzahl Reden gehalten wurden. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Arbeiter und Arbeiterinnen von Marseille sich mit den ausländischen Seeleuten solidarisch erklären und zum Zeichen der Solidarität heute die Arbeit einstellen wollen.

Nach der großen Versammlung der eingeschriebenen Seeleute in der Arbeitsbörse gingen ungefähr 1500 Teilnehmer an derselben mit dem Rufe: Nieder mit dem Spion Thozot durch die Straßen und wollten sich nach der Polizeipräfektur begeben. Als sie in der Nähe der Präfektur anlangten, stellte sich ihnen ein starkes Polizeiaufgebot verstärkt durch Municipalgarde entgegen. Ein Mann aus der Menge forderte seine Kameraden auf, ungehindert zur Präfektur vorzudringen. Die Folgen der Aufforderung blieben nicht aus. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor und verhaftete zahlreiche Personen. Es gelang schließlich, die Menge zu zerstreuen. Trotz der Demonstrationen sind gestern verschiedene Schiffe aus dem hiesigen Hafen ausgelaufen.

Tagung eines Revolutionsgerichts.

Aus Paris wird berichtet: In Anarchisten- und revolutionären Kreisen verläuft man, daß in Paris augenblicklich ein Revolutionsgericht tagt, an dem sich eine große Anzahl Intellektueller beteiligen. Es handelt sich um einen rumänischen Doktor, der beschuldigt wird, ein Agent provocateur im Dienste seines Landes zu sein. Der Angeklagte verbrachte längere Zeit in Paris und London. Er soll der Urheber des Komplots sein, welches vor einiger Zeit in Bukarest gegen den Kabinettschef Bratunt verübt wurde.

Kleine Tagesnachrichten.

Ein Chrenhandel Witte—Kuropatkin, der aber durch eine nachgebende Erklärung des russischen Unterhändlers im Portsmouth Frieden gegen den Besiegten des Russisch-Japanischen Krieges schnell beigelegt wurde, ist die neueste

Sensation in der Hauptstadt des Jarmenlandes Graf Witte hielt unlängst vor einem militärischen Auditorium in der Militäringenieur-Akademie eine Rede, in der er über den kriegerischen Wert sprach. Dabei fügte er als vorbildlich die berühmten Feldherrn Suworow und Kutusow an, während viele andere hohe Militärs seinen kriegerischen Wert befehlen hätten. Kuropatkin, dessen Beziehungen zu Witte schon seit geraumer Zeit sehr gespannt sind, erwiderte darin eine persönliche Befeldigung und sandte Witte seine Selbstantworten. Das Resultat war recht mäßig. Witte entschuldigte sich schriftlich. Kuropatkin erklärte sich damit zufriedener. Die Abwesenheit wollen unterhandeln.

Der türkische Minister des Innern empfing ein Telegramm des Gouverneurs von Brichina, wonach die rebellischen Albanesen die Entbindung von Parlamentären verlangen. Die Regierung erließ die Aufforderung an die Albanesen, sich zu zerstreuen und die Waffen abzugeben, wonach die Porte ihren Wunsch einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen geneigt wäre.

Der Kampf gegen die Trunks.

Der Generalanwalt von Newporf erklärte in einer Rede, die Regierung erwarte das Urteil, das die Aufsicht des Oel- und Tabaktrafs verübt. Weitere Trunks sollen gerichtlich belangt werden.

Provinzial-Nachrichten.

Liberaler Versammlungen.

Pasfendorf.

Eine liberale Wählerversammlung fand am Sonntagabend in Pasfendorf statt, die von über 100 Personen besucht war. Herr Kaufmann Bedau wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß die Versammlung wieder die erste seit vielen Jahren sei und verließ der Hoffnung Ausdruck, es möge sich nun auch hier am Orte eine rege Anteilnahme am politischen Leben entwickeln.

Der erite Redner des Abends, der liberale Reichstagskandidat für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt, Herr Gutsbecker Koch-Unterarnst, gab in einem fünfviertelstündigen Vortrag zunächst einen Rückblick über die Art und Weise des Zustandekommens der Reichstagsreform und schloß dann in scharfen Worten die Kampfesweise des Bundes der Landwirte gegen den Bauernbund. Ein hierbei verlesener, an dem Führer des Bauernbundes gerichteter Brief erregte infolge der darin enthaltenen Anschuldigungen allgemeine Entrüstung. Die zum größten Teil aus landwirtschaftlichen Kreisen gebildete Versammlung vermaß sich nachmännlicher Seite zu hören, ein wie geringes Interesse der kleine und mittlere Landwirt an den hohen, das wirtschaftliche Leben so schwer beeinträchtigenden Zöllen hätte, daß es für die Landwirtschaft im Gegenteil viel wichtiger und vorteilhafter sei, daß Handel und Verkehr und die durch das Willkür der Industrie gehobene Kaufkraft der unteren Schichten der Bevölkerung nicht durch Zollschranken beeinträchtigt werde. Lauter Beifall lohnte den Redner für seine von Sach- und Sachkenntnis gestützten Ausführungen.

Herr Landtagsabg. Deltus sprach dann nach über die Wahlrechtsvorlage. In der sich anschließenden Diskussion sprach zunächst der sozialdemokratische Stadtverordnete Herr Okerburg, der die ihm zugefallene freie Redezeit nicht in übertriebener Weise ausnützte, auch im Ganzen sachlich blieb. Einige Seitenhiebe auf den Liberalismus wurden durch Herrn Lehrer Müller und Herrn Deltus zurückgewiesen.

Zum Schluß der Versammlung erwähnte Herr Bedau die Anwesenheit, das heute gezeigte Interesse auch ferner zu tätigen und sich zu diesem Zweck zu einem liberalen Verein für Pasfendorf zusammen zu schließen. Dieser Anregung folgten ca. 30 Herzen.

Wettin und Abbejün.

Zwei liberale Versammlungen fanden am Sonntag nachmittags in Wettin und abends in Abbejün. In beiden sprach Herr Landtagsabg. Deltus über die politischen Fragen, die gegenwärtig im Reich und Landtag verhandelt werden. Herr Bornstädt legte, der beide Versammlungen leitete, wies in eindringlicher Weise die zahlreichen Befürworter darauf hin, daß es auch hier nötig sei, sich zu einem Verein zusammen zu schließen, um für wichtige Wahlen der liberalen Sache einen Stützpunkt zu schaffen.

In beiden Orten gab man das Versprechen, der Anregung zu folgen.

Estur, 10. April. (Tobststich.) — Sturz von der Treppe. — Prozeß Luz.) Der an übergroßer Nervosität leidende Eisenbahnhelfer Schubert wurde plötzlich tödlich und sprang durch das Parterrefenster auf die Straße. Zum Glück lag er sich nur leichte Verletzungen an den Händen zu. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich im Souverain des Rathauses dadurch, daß die Frau des Polizeigewerkschafters Weisbach in dessen Anwesenheit, als sie das elektrische Licht ausmachen wollte, ausglitt und die steinernen Treppe hinabstürzte. Beide Weisbach sind hart verletzt, außerdem trug die Frau mehrere Verletzungen davon. — Wenn man glaubt, daß sich das Interesse für den Strafprozeß gegen den Glasbläser August Luz aus Friedersdorf, der wegen Ermordung des Postinspektors Walter vom Schmutzgericht in Estur am 19. Oktober 1909 zum Tode verurteilt worden, abgelegt hätte, so ist diese Annahme eine irrige. Im Gegenteil scheint der Andrang des Publikums zu dem am 14. April zum dritten Male andauernden Verhandlung im überaus groß werden zu wollen.

(Goslar, 10. April. (Unfall.) Im benachbarten Burgdorf ereignete sich ein bebauernter Unfall. Den beiden Handeltfrauen Friede und Decker aus Dorfhatlief unmittelbar vor dem Dorfe ein Rad von ihrem Wagen ab. Beide Frauen kamen dadurch so unglücklich zu Fall, daß Frau Decker einen schweren Beinbruch erlitt, während sich Frau Friede die Schulter gebrochen haben soll.

Reinhold, 9. April. (Sehr schöne Experimente) führte neulich ein Herr aus Halberstadt mit einer Wimperntüte vor, auf Wasser reagiert diese ganz vorzüglich.

.. Deffau, 10. April. (Tob durch Aleeja.) Gestern verstarb im Kreiskrankenhause der Kaufmann Richard Reiche aus Cöthen. Er hatte in selbstmörderischer Wut sich selbst zu sich genommen. Was ihn zu diesem Schritt veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

Jena, 10. April. (Tödtlich verunglückt.) In dem Steinberg-Kalwerk verunglückte der Arbeiter Fritz Köhler. Er kam in das Getriebe und wurde kurzdarb verunmündet. Der Getötete hinterläßt eine Frau und fünf unermündige Kinder.

Weimar, 10. April. (Wißflüher Tod.) Auf dem Goetheplatz brach gestern abend, vom Schläge getroffen, Fräulein v. Stapel, eine ältere, hier allgemein bekannte Dame, tot zusammen.

St. Etienne, 10. April. (Die Bürgermeisterei.) Noch nie haben sich um die hiesige Bürgermeisterei so wenig Kandidaten bemerkt wie diesmal, nämlich knapp 20. Der Gemeinderat wird in Kürze eine Auswahl unter den Kandidaten vornehmen und sie sich der Bürgerliste in öffentlicher Versammlung vorlegen lassen. Die allgemeine Stimmung ist einer Wiederwahl des Oberbürgermeisters Schmieber günstig.

— Etienne, 10. April. (Das idyllische Johannisfest.) Das der Staat zum Preise von 400 000 Mark verkauft hat, soll in Kürze begeben werden. Zur Erleichterung des Laies hat die Stadt eine neuanzulegende Zufahrtsstraße projektiert, gegen deren Ausbau indessen von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben worden ist.

Koburg, 10. April. (Die Handelskammer) beschloß, der Staatsregierung folgenden Vorschlag zu den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Befähigung des unlandwirtschaftlichen Kaufmanns zu machen: Es sollen im Jahr ein Inventarverkauf und zwei Saisonauverkäufe getätigt sein, jedoch nicht länger als auf die Dauer von vier Wochen. Ein Verzeichnis der Ausverkaufswaren soll der Polizeibehörde nur dann eingereicht werden, wenn es sich um Gefährlichgüter oder Aufgabe einzelner Artikel handelt.

Vom Eisenste, 10. April. (Bedürftigkeitsgesuche.) Beim Hauptkollekt in Müden sind etwa 300 Beiträge auf Genehmigung von Unterstiftungen an Tabakarbeiter eingegangen, darunter mehr als zwei Drittel von Arbeitern des Eisensteines. Somit die Antragsteller nicht inmaßigen Arbeit erhalten hatten, wurden die Gesuche durchweg berücksichtigt.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Erich Polkow; für das Feuilleton: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Embulart; Druck u. Verlag von Otto Henkel, Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Jetzt geht's weiter!

in allen Ecken, vom Oker bis in den Keller; das Wischen, Wischen, Fegen, Schrubben, Putzen, Wischen, Scheuern, Reinmachen. Luhrs Salin. Terp. Kerneife mit Luhrs Reich-Vertrag mit rotem Sand und haben sich hierbei seit Jahren allerbekanntest bewährt, weil der Aufwand durch die milde, sparsame Lauge von Luhrs bekanntlich gespart bleibt. Holen Sie in Ihrer Nachbarschaft Luhrs, und dann kann's Wischen losgehen!

Verlobte

sind höflichst zur zwanglosen Besichtigung unserer ständigen

Ausstellung fertig eingerichteter Wohnräume

eingeladen.

Kostenanschläge und Vorbesprechungen bereitwilligt.

Gebr. Bethmann

Kunstmöbelfabrik

Atelier für künstlerische Ausgestaltung der Innenräume.

Vornehme aparte Arrangements. 80 Musterzimmer. Dekorationen nach eigenen Entwürfen.

Gr. Steinstrasse 79.

Halle a. S.

Gr. Steinstrasse 79.

